

# Pulsnitzer Tageblatt

Verlagspreis 18. Tel.-Adr.: Tageblatt Pulsnitz  
Postfach-Konto Dresden 2138. Giro-Konto 146 **Bezirksanzeiger**

**Wochenblatt**

Bank-Konten: Pulsnitzer Bank, Pulsnitz und  
Commerz- und Privat-Bank, Zweigstelle Pulsnitz

**Er scheint an jedem Werktag**  
Im Falle höherer Gewalt, Krieg, Streit oder sonstiger irgend welcher Störung des Betriebes der Zeitung oder der Beförderungseinrichtungen, hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. — Wöchentlich 0,65 RM bei freier Zustellung; bei Abholung wöchentlich 0,55 RM; durch die Post monatlich 2,60 RM freibleibend



Anzeigen-Grundzahlen in RM: Die 41 mm breite Pettzeile (Moffe's Zeilenmesser 14) RM 0,25, in der Amtshauptmannschaft Ramenz RM 0,20. Amtliche Zeile RM 0,75 und RM 0,60. Reflekt. RM 0,60. Tabellarischer Satz 50% Aufschlag. — Bei zwangsweiser Einziehung der Anzeigengebühren durch Klage oder in Konkursfällen gelangt der volle Rechnungsbetrag unter Wegfall von Preisnachlass in Anrechnung. Bis 1/10 Uhr vormittags eingehende Anzeigen finden am gleichen Tage Aufnahme

Das Pulsnitzer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft u. des Finanzamtes zu Ramenz des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Pulsnitz sowie der Gemeinderäte Großnaundorf und Weißbach behördlicherseits bestimmte Blatt

Hauptblatt und älteste Zeitung in den Ortsgemeinden des Pulsnitzer Amtsgerichtsbezirks: Pulsnitz, Pulsnitz N. S., Großböhndorf, Bretzig, Hauswalde, Ohorn, Obersteina, Niedersteina, Weißbach, Ober- und Niederlichtenau, Friedersdorf, Thiemendorf, Mittelbach, Großnaundorf, Vichtenberg, Klein-Dittmannsdorf

Geschäftsstelle: Pulsnitz, Albersstraße Nr. 2

Druck und Verlag von G. L. Försters Erben (Inh. J. W. Mohr)

Schriftleiter: J. W. Mohr in Pulsnitz

Nummer 15

Mittwoch, den 18. Januar 1928

80. Jahrgang

## Amtlicher Teil.

## Anzeigen Pulsnitzer Tageblatt großen Erfolg!

haben im

### Bekanntmachung

#### Invaliden-Versicherung

Nach dem Reichsgesetz vom 8. April 1927 (RGBl. I S. 98) sind die Beiträge für Versicherte, die einen wöchentlichen Arbeitsverdienst von mehr als 36 RM haben, vom 2. Januar 1928 an in der neuen Lohnklasse VII (bisher noch Lohnklasse VI) dem Wochenbeitrage von 2 RM zu entrichten.

Wenn nur Barbezüge gewährt werden, gelten daher vom 2. Januar 1928 an die folgenden Beitragsätze:

Lohnklasse	Wochenverdienst		Wochenbeitrag
	von mehr als	bis zu	
I		6 RM	30 Rp.
II	6 RM	12 "	60 "
III	12 "	18 "	90 "
IV	18 "	24 "	120 "
V	24 "	30 "	150 "
VI	30 "	36 "	180 "
VII	36 "		200 "

\* Für Versicherte mit nicht mehr als 6 RM Wochenverdienst trägt der Arbeitgeber den vollen Betrag. Freiwillig Versicherte haben ihre Beiträge in der dem jeweiligen Einkommen entsprechenden Lohnklasse, mindestens aber in der Lohnklasse II zu entrichten. Marken I. Lohnklasse sind für sie unwirksam.

Wenn Bar- und Sachbezüge gewährt werden, gelten vom 2. Januar 1928 an unter Berücksichtigung der Neufestsetzung des Wertes der Sachbezüge die folgenden Beitragsätze:

Es gehören	bei einem Barlohn bis zu		und freier Kost, Wohn-, Feuer, Beleucht. im behördlich festgesetzten Durchschnittswerte von		in Lohnklasse	mit einem Wochenbeitrag von
	monatlich	wöchentl.	monatlich	wöchentl.		
1. Versicherte bis zu 16 Jahren, weibliche Haus- und Wirtschaftsgehilfinnen, (Mägde, Dienstmädchen in Privat, Stützen, Köchinnen usw. Auswärtigerinnen, Lehrlinge.	RM 20,—	RM 4,61	RM 32,—	RM 7,88	II	Rpf. 60
	46,—	10,61	32,—	7,88	III	90
	72,—	16,61	32,—	7,88	IV	120
	98,—	22,61	32,—	7,88	V	150
	124,—	28,61	32,—	7,88	VI	180
	124,—	28,61	32,—	7,88	VII	200
2. Das übrige weibliche und männliche Personal (Mädchen in Gastwirtschaften, Bäckereien, Fleischereien, Sanatorien, Pensionaten, Knechte, Kutscher, Kraftwagenfahrer usw.)	4,—	0,92	48,—	11,07	II	Rpf. 60
	30,—	6,92	48,—	11,07	III	90
	56,—	12,92	48,—	11,07	IV	120
	82,—	18,92	48,—	11,07	V	150
	108,—	24,92	48,—	11,07	VI	180
	108,—	24,92	48,—	11,07	VII	200

Dresden, 5. Januar 1928

Der Vorstand  
der Landesversicherungsanstalt Sachsen

Am 23. Januar

## Roß- und Viehmarkt in Königsbrück

### Das Wichtigste

Wie Berliner Bätter melden, ist gestern nachmittag der frühere Reichsbankpräsident, Geheimrat v. Gieseler, beim Ueberfahren der Straße unter den Linden von einem Lastkraftwagen gestreift, zu Boden geworfen und am Kopfe schwer verletzt worden.

Die schweizerischen Behörden haben gegen den flüchtigen Bankier Dr. Felix Wintus wegen leichtsinnigen und betrügerischen Kontrahierens einen internationalen Steckbrief erlassen. Den Gläubigerforderungen von 1 1/2 Millionen Franken stehen kaum irgendwelche Mittel gegenüber.

Wie das Berliner Tageblatt aus Moskau meldet, hat Trotski von Moskau aus seine Reise nach seinem Verbannungsort Gieny angetreten. Wie aus New-York gemeldet wird, sind bei der Lösung der zahlreichen Brände, die gestern zu gleicher Zeit in Washington ausgebrochen sind, zehn Feuerwehrleute an schweren Wasservergiftungen erkrankt. Ein starkes Truppenaufgebot ist zur Vornahme der notwendigen Absperremaßnahmen in Washington zusammengezogen worden.

### Vertliche und sächsische Angelegenheiten

#### Seelische Erholung.

Es gibt zwei Arten von Freude: die laute, jubelnde, die schon nach Sekunden verweht ist, und die stille, die langsam kommt und lange verweilt. Im Alltagsleben wird das oft empfunden.

Auch die Erholung nach der Berufsarbeit soll Freude sein, neben der körperlichen Ausspannung. Die Seele soll erfrischt werden, und das ist es wesentlich, daß wir uns selbst ein wenig Freude suchen, ein wenig von der echten Freude, zu der man nur von innen gelangt. Der Wille dazu genügt, der äußere Anlaß ist immer da, sei es der Anblick eines hübschen Kindes, einer Blume, eine erfreuliche Beobachtung oder die Kameradschaft mit einem Tier. Sich in einer so reinen Freude, die aus Kleinigkeiten kommt, zu sonnen, das ist echte Erholung der Seele, besser sicher als ein Tanzvergönnen.

Wille zur Freude, das ist es, was man braucht, um sich wirklich seelisch zu entspannen. Und wo dieser Wille fehlt, da tritt an Stelle der echten Erholung die Scheinfreude kleiner Vergnügen, die auf die Dauer zermüdet.

**Pulsnitz.** (Gemeindeabend.) Es wird an dieser Stelle noch einmal auf den öffentlichen Gemeindeabend hingewiesen, welcher morgen, Donnerstag, 8 Uhr im Saale des „Brauen Wolf“ stattfindet. Nicht bloß um des Redners willen, der von auswärts kommt und sich uns bereitwillig zur Verfügung gestellt hat — und er wird aus der Welt

## Einheitsstaat oder Bundesstaat?

Lebhafte Diskussion auf der Länderkonferenz — Soviel Länder, soviel Meinungen

Zur Diskussion auf der Länderkonferenz — Dr. Mulert über Kommunalpolitik und Presse

### Die Diskussion auf der Länderkonferenz

Berlin. Die große Konferenz der Ministerpräsidenten der Länder wurde am Dienstag mit der Diskussion über die gehaltenen Referate fortgesetzt. Nach dem Hamburger Oberbürgermeister Peterßen sprach der württembergische Staatspräsident Dr. Bazille, der sich als Verteidiger des Föderalismus bekannte. Dann machte der bayerische Ministerpräsident Held einige Vorschläge, wie man auf der Basis der Weimarer Verfassung den Interessen der Länder gerecht werden könne. Er lehnte einen Einheitsstaat mit aller Entschiedenheit ab und betonte, daß, falls eine Änderung im Verhältnis zum Reich und Preußen, sei es im Sinne des Reichslandes, sei es im Sinne der Beherrschung des Reichs durch Preußen, vorgeschlagen werden würde, naturgemäß die übrigen Länder die notwendige verfassungsmäßige Sicherung ihrer Souveränität in besonderem Umfange haben müßten. Der preussische Ministerpräsident Braun äußerte sich kritisch zu den Vorschlägen, wobei er mehr in der Richtung des Einheitsstaates debattierte.

Die Diskussion wurde zunächst vom sächsischen Ministerpräsident Dr. Heldt bestritten, der ähnlich wie der preussische Ministerpräsident für den Einheitsstaat sprach, ohne aber eine gewaltsame Bewegung dafür zu begrüßen. Der thüringische Ministerpräsident Leuthäuser sprach für die Interessen der kleineren Staaten. Das bisherige Ergebnis der Konferenz faßte der badische Staatspräsident Ulrich dahin zusammen, daß vorläufig nur sowohl die Vorschläge für den Einheitsstaat wie für die Erhaltung des föderalistischen Prinzips abgelehnt seien, und daß man sich auf sachliche Vorschläge starrer einstellen müsse. Weiter sprachen der oldenburgische Staatsminister von Fink, der badische Ministerpräsident Kemmle, der vor unorganischer Zentralisation warnte, und der preussische Finanzminister Dr. Soepfer-Afshoff.

Die Debatte konzentrierte sich allmählich auf den von Dr. Peterßen gemachten Vorschlag, einen Sachverständigenausschuß einzusetzen. Von den Staaten, die Gegner des Einheitsstaates sind, wird darauf hingewiesen, daß ein solcher Ausschuß keine praktischen Arbeitsmöglichkeiten habe, wenn man ihm nicht bestimmte Richtlinien mitgibt und wenn man sich nicht über die Zusammenfassung des Ausschusses so einigt, daß nicht ohne weiteres eine Majorisierung der kleineren Staaten durch die großen Staaten erfolgen könne.

Berlin, 18. Januar. Ueber die gestrige Diskussion auf der Länderkonferenz verlauten noch folgende Einzelheiten: In ihren Schlussworten betonten die Referenten Held (Bayern), Peterßen (Hamburg) und Braun (Preußen) noch einmal ihren in den Referaten bereits niedergelegten Standpunkt. Ministerpräsident Held erklärte, Bayern würde gern bereit sein, sich mit dem Reich zusammenzusetzen, um Schwierigkeiten aus der Welt zu schaffen. Dies könne geschehen, ohne daß man das Volk neuen Erschütterungen aussetzen müsse. Bayern werde sich niemals in einen Einheitsstaat in irgend einer Form hineinpressen lassen, es sei aber bereit, mit dem Reich und den übrigen Ländern zu verhandeln, die bestehenden Schwierigkeiten zu beheben. Bürgermeister Peterßen hielt gleichfalls die in seinem Referat vertretenen Gedanken aufrecht und erklärte, daß allerdings die Zeit für endgültige Lösungen noch nicht reif sei. Ministerpräsident Braun wandte sich vor allem gegen die Vorwürfe, als wolle Preußen die kleinen Länder schlucken. Was er gesagt habe, habe er vielmehr in Abwehr unbedachtigster Angriffe gesagt. Preußen habe von sich aus keinerlei Interesse, andere Länder in sich aufgehen zu lassen, zumal sich die kleinen Länder, die sich Preußen anzuschließen wünschten, durchweg in finanziellen Schwierigkeiten befänden. Er legte noch einmal den preussischen Standpunkt dar, der bereits in einem Landtagsbeschluss 1919 zum Ausdruck gekommen sei, daß Preußen immer bereit sei, im Einheitsstaat aufzugehen, vorausgesetzt, daß alle Länder ebenso verfahren würden.

### Der Präsident des Deutschen Städte- tages über Kommunalpolitik und Presse

Berlin, 18. Januar. Auf einem Vortragsabend des Reichsverbandes der Deutschen Presse im Saal: des vorläufigen Reichswirtschaftsrates sprach der Präsident des Deutschen Städte-tages Dr. Mulert über „Kommunalpolitik und Presse“. Er führte u. a. aus: „Publizität ist das Lebenselement der deutschen Städte, die Atmospähre, in der allein sie wirklich leben können. Aus der Kritik entnehmen wir Anregungen und neue Impulse für unsere Arbeit. Nicht gegen Kritik wenden wir uns, sondern gegen Uebertreibungen und Verallgemeinerungen. Der Redner ging dann auf die Kommunalpolitik und die Wirtschaftspolitik ein und führte dazu u. a. folgendes aus: Ueber die Höhe der kurzfristigen Verschuldung der deutschen Gemeinden sind seit einiger Zeit phantastische Zahlen im Umlauf. Auf 1500 ja bis auf 2000 Millionen wurde die Höhe dieser kurzfristigen Kredite angegeben. Heute bin ich erfreulicherweise in der Lage, authentisches Material mitzuteilen. Das Reichsfinanzministerium hat bei allen Städten über 80 000 Einwohnern eine amtliche Statistik über die Höhe der kurz-

